

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 00 36/39
Telefax: 8 86 848 pöbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Prof. Dr. Hartmut Soell
MdB zum Jahrestag des
Massakers auf dem Tianan'Men: Kein repressives
System stützen.

Seite 1

Klaus Wettig MdEP zur
Absicht der DDR, alle ein-
geführten Konsumgüter mit
einer Importsteuer zu be-
legen: Schutzzölle können
mangelnde Qualität nicht
ausgleichen.

Seite 4

Rezension:

Hans-Josef Legrand stellt
das Buch von Thomas Leif
„Die strategische (Ohn-)
Macht der Friedensbewe-
gung, Kommunikations-
und Entscheidungsstruktur
in den achtziger Jahren“
vor.

Seite 5

45. Jahrgang / 104

1. Juni 1990

Kein repressives System stützen

Zum Jahrestag des Massakers auf dem Tianan'Men

Von Prof. Dr. Hartmut Soell MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundes-
tages

Vor nunmehr einem Jahr sah sich die kommunistische Partei
Chinas zum wiederholten Male seit ihrer Machtübernahme im
Jahre 1949 gezwungen, sich auf die Gewehrläufe und Panzer
der „Volksbefreiungsarmee“ zu stützen, um ihre Macht gegen
das Volk zu verteidigen.

Die internationale Welle der Entrüstung mochte den Eindruck
erwecken, daß es sich um einen - insbesondere für exportfreudige
westliche Regierungen - als außerordentlich und einmalig wahr-
genommenen Vorgang gehandelt habe. Außerordentlich grau-
sam war das Blutbad unter wehrlosen Menschen ohne jeden
Zweifel, aber einmalig im kommunistischen China nicht.

Abgesehen vom Vorgehen der Armee gegen die Jugend Chinas in
den Jahren von 1966 bis 1969, konnten politisch Verantwort-
liche weder die Berichte über Hinrichtungen in China in der
jüngsten Zeit, noch die grausame „Politik“ Chinas in Tibet überse-
hen haben.

Gerade erst zwei Monate vor dem grausamen Vorgehen auf dem
Tianan'Men - im April 1989 - wurde auf einer „Tibetanhörung“
im Bundestag ein chinesischer Polizeifilm gezeigt, der die brutale
Erschießung von unbewaffneten tibetischen Demonstranten durch
chinesische Polizeikräfte in Lhasa dokumentierte. Dieser Film,
eine große Zahl erschütternder Zeugenaussagen von gefolterten
Tibeterinnen und Tibetern, von Touristen, ergänzt durch Berich-
te und Untersuchungen von Amnesty International und von bri-
tischen Abgeordneten belegten mehr als deutlich nicht nur das
Massaker in Lhasa. Sie verstärkten darüber hinaus den von vielen
Sachkennern geäußerten Verdacht des Völkermordes am tibeti-
schen Volk durch die kommunistische chinesische Regierung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verkaufte Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Die entsetzlichen Ereignisse in Tibet jedenfalls konnten ebenso unbehelligt von öffentlichen moralischen Entrüstungen der Weltöffentlichkeit stattfinden, wie die „alltäglichen“ Repressions- und Hinrichtungspraktiken der chinesischen Regierung an der Bevölkerung des eigenen Landes.

Die Bankrotterklärung der chinesischen Führung ist zugleich auch Anzeichen für das Scheitern der westlichen Chinapolitik, die in den letzten 20 Jahren von Gleichgewichts- und Wirtschaftsüberlegungen ausgehend, ein dogmatisches kommunistisches Regime von großer politischer Reformfeindlichkeit und Repression hofiert und unterstützt hat.

Die großen Hoffnungen, die auf Deng Xiaoping als dem großen chinesischen Reformen, gesetzt wurden, sind in Anbetracht der unglaublichen Ereignisse in Peking von Entsetzen und Abscheu verdrängt worden. Nun, ein Jahr nach den Ereignissen, hat sich die Situation in der Volksrepublik China nicht entspannt, sondern durch brutale Verfolgung und zahllose Hinrichtungen sogenannter „Konterrevolutionäre“ bestärkte die chinesische Führung ihren auf dem Tianan'Men eingeschlagenen Kurs deutlich.

Es gibt viele chinesische Stimmen, die sich Gedanken darüber gemacht haben, wie der Weg Chinas in Zukunft aussehen muß. Die Vorstellungen über die Zukunft Chinas reichen von Forderungen nach vollkommener Übernahme des westlichen Demokratiemodells bis zu eigenständigen Formen „konfuzianistischer“ Demokratie. Gemeinsam ist aber allen das Bedürfnis nach einer politischen Öffnung der Gesellschaft, nach Demokratie in der einen oder anderen Form. Sicherlich ist es nicht notwendig, jede Facette westlicher Demokratie auf China zu übertragen, aber diejenigen, die argumentieren, Demokratie sei in einem solchen Land nicht möglich, die weisen auf Indien verwiesen. Indien muß - trotz enormer Probleme - als ein zumindest in Teilen funktionierendes demokratisches System angesehen werden.

Warum sollte so etwas in China, das viel weniger von sprachlichen, religiösen, ethnischen und sozialen Unterschieden geprägt ist als Indien, nicht möglich sein?

Die westliche Chinapolitik muß nunmehr endlich aufhören den Monopolanspruch Pekings auf die Vertretung Chinas zu akzeptieren. Die Führer in Peking haben sich selbst entlarvt und die Republik of China (Taiwan) beginnt - nach der totalitären Herrschaft Chiang Kai-Shek's - nunmehr seit dem Regierungsantritt von Präsident Lee Teng-Hui demokratisierende innenpolitische Reformen. Es scheint, als sei Taipeh bereit, seinen Alleinvertretungsanspruch aufzugeben und damit wäre ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine Politik „ein China - zwei unabhängige Staaten“ getan. Hierbei kann die deutsche Ostpolitik Anhaltspunkte für eine künftige friedliche Entwicklung bieten.

Die von Peking betriebene Politik gegenüber seinen Nachbarn muß von westlicher Seite sorgfältig beobachtet werden, insbesondere Pekings Verhalten gegenüber Hongkong und Taiwan.

Die chinesische Konstellation ermöglicht den westlichen Staaten eine Kurskorrektur zugunsten Taiwans, ohne die Volksrepublik China diplomatisch abzuwerten oder international zu isolieren.

Aber die Machthaber in Peking müssen von ihren stalinistischen Methoden lassen, wenn sie Frieden nach innen und außen erreichen wollen und als Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft akzeptiert werden wollen. Der Westen sollte die ideologischen Dogmatiker und Stalinisten in Peking nicht weiter politisch und ökonomisch stützen, sondern durch eine gemeinsame Haltung gegenüber der VR China dieses totalitäre Regime zu Reformen bewegen.

Auch die Volksrepublik China muß lernen, daß neofeudalistische Strukturen, wie sie jede Jahrzehnte währende Einparteiherrschaft mit sich bringt, das Land nicht voranbringen, sondern zurückwerfen.

Das Riesenheer derer, die nur kommandieren, kontrollieren und umverteilen gelernt haben, das letztere zumeist auf sehr eigensüchtige Weise, ist nicht nur an sich für jede Gesellschaft auf Dauer untragbar. Es lähmt auch die Schaffenskraft und produktive Phantasie der gesamten Massen, wie sich auch am Beispiel der pseudosozialistischen Systeme in Osteuropa und der Sowjetunion gezeigt hat.

Will China seine drückenden inneren und äußeren Probleme erfolgreich lösen, so bedarf es der freien Dynamik und Kreativität seiner Bevölkerung und nicht stur auswendig gelernter Heilsformeln und brutaler Pression.

Der Westen ist aufgefordert die demokratischen Kräfte und Tendenzen in ganz China zu fördern und nicht länger hypnotisiert von einer Milliarde potentieller Konsumenten, ein repressives kommunistisches Regime zu stützen. (-/1.6.1990/va-he/rs)

* * *

Schutzzölle können mangelnde Qualität nicht ausgleichen

Zur Absicht der DDR, alle eingeführten Konsumgüter mit einer Importsteuer zu belegen

Von Klaus Wettig MdEP
Mitglied im EP-Sonderausschuß „Folgen der deutschen Einheit“
und im EP-Wirtschaftsausschuß

Die DDR-Regierung will vorübergehend die Mehrzahl aller eingeführten Konsumgüter mit einer Importsteuer von bis zu elf Prozent des Warenwertes belegen. Ich kann vor dieser bestimmt nicht in allen Konsequenzen durchdachten Maßnahme nur warnen. DDR-Wirtschaftsminister Gerhard Pohl (CDU) und seine Administration sind offenkundig ein Opfer ihrer Unerfahrenheit in Sachen Marktwirtschaft geworden. Sie dokumentieren damit das Durcheinander der DDR-Administration, die Schwierigkeiten hat, sich mit der Funktionsweise eines marktwirtschaftlichen Systems vertraut zu machen.

Was wird die Folge dieser Maßnahme sein, die DDR-Produkte vor ausländischer Konkurrenz schützen soll?

Zunächst wird die dringend notwendige Verbesserung der Versorgung der DDR-Bevölkerung mit hochwertigen Konsumgütern verschleppt. Es wird ein schier unkontrollierbarer Schleichhandel in Riesenausmaß entstehen, der nur unterbunden werden kann, wenn die DDR zu einem System striktester Grenzkontrollen zurückkehrt.

Der DDR-Wirtschaftsminister hat offenbar übersehen, daß es bisher eine indirekt wirkende Kontrolle gab, die die Handelsströme begrenzte. Das waren die beiden unterschiedlichen Währungen: DM hier - M (Mark) da. Diese Kontrolle wird aber nach dem 1. Juli nicht mehr bestehen. Will Gerhard Pohl den Schutzzoll wirklich einführen, kann es nur zu einem totalen Durcheinander kommen, das das Vertrauen der DDR-Bevölkerung noch vergrößern wird.

Mit der Importsteuer würde auch dringend notwendiger Anpassungsdruck auf die DDR-Wirtschaft reduziert. Der aber ist notwendig, wenn das Wirtschaftsgebiet der DDR mittelfristig den Anschluß an die EG-Wirtschaft finden will.

Das DDR-Schutzzollsystem stößt deshalb auch auf Unverständnis in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Wenn die DDR-Regierung will, daß die Menschen in diesem Land wieder vermehrt zu DDR-Produkten greifen, muß sie dafür sorgen, daß die Qualität dieser Produkte verbessert wird.

(-/1.6.1990/vo-he/rs)

* * *

REZENSION

Eine Analyse der bundesdeutschen Friedensbewegung

Thomas Leif: Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung, Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren. Opladen: Westdeutscher Verlag 1990, 368 S., DM 58,00.

Zu Beginn der achtziger Jahre war im Anschluß an den Brüsseler Doppelbeschluß der NATO eine Millionen von kritischen Bürgern einschließende Friedensbewegung entstanden, die in zahlreichen, die Protestszene prägenden Aktionen, Kampagnen und Demonstrationen friedlich ihren Protest gegen die Aufstellung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen zum Ausdruck brachte. Kritiker wie Befürworter räumten dieser größten Massenbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik schon frühzeitig eine erhebliche Politik beeinflussende Kraft ein. Doch trotz einer Vielzahl von sympathisierenden und auch von distanzierenden Spontan-Analysen blieb insbesondere die Frage nach ihren Mobilisierungsstrategien und -erfolgen weitgehend unbeantwortet. Licht ins Dunkel dieser Frage und des bislang unbekanntes Innenlebens der Friedensbewegung bringt jetzt die Frankfurter Dissertation des jungen Politikwissenschaftlers und TV-Journalisten Thomas Leif. Im Mittelpunkt seiner Untersuchung über Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen der Friedensbewegung steht eine Analyse des Bonner Koordinationsausschusses, des Zusammenschlusses von 30 sehr unterschiedlichen Mitgliedsorganisationen.

Leif hat das „Auf“ und „Ab“ dieses zentralen Gremiums von seiner Entstehung bis zu seiner Auszehrung Ende 1989 über Jahre verfolgt und eine material- und kenntnisreiche Studie vorgelegt, die dem Leser bisher nicht veröffentlichte Einsichten in die internen Strukturen der „professionellen“ Bewegung gewährt. Entstanden ist eine auf breitem Literaturstudium, teilnehmender Beobachtung, Interviews und akribischer Quellenberücksichtigung fußende Analyse aus der Binnenperspektive, die nicht nur die strategischen Profile der heterogenen Friedensgruppen übersichtlich herausarbeitet, sondern auch erstmals am Beispiel der Friedensbewegung die Diskrepanz zwischen basisdemokratischem Anspruch und zentralen Entscheidungszentren zuverlässig aufzeigt. Im Vergleich zu anderen neuen sozialen Bewegungen erscheint als auffällige Besonderheit, daß es den Organisatoren der Friedensbewegung gelang, die Kreativität, Spontaneität und Mobilisierungsfähigkeit von Bewegungen mit der professionellen Arbeitsweise traditioneller Organisationen zu verbinden. In dieser Kooperation, wechselseitigen Beeinflussung und gegenseitigen Ergänzung liegt nach Leif das Spezifikum der Friedensbewegung. Dieses Profil wiederum wurde maßgeblich geprägt vom Bonner Koordinationsausschuß, dem effizienten Organisationszentrum. Er wird vom Autor als konkurrenzlose Bewegungsorganisation und als weitgehend unkontrollierte Machtzentrale beschrieben. Aktionsplanungen, Aufrufe und Programme wurden dort oftmals in einem sehr kleinen Kreis von Bewegungsfunktionären und „alternativen Polit-Profis“ inhaltlich abgestimmt und anschließend nur noch den bundesweiten Aktionskonferenzen zur Bestätigung vorgelegt.

Leif hat die Diskussionen auf diesen bundesweiten Treffen und die Absprachen in den Hinterzimmern detailliert recherchiert, protokolliert und in einem Anhang dokumentiert und kommentiert.

In Verbindung mit der Darstellung der Intensiv-Interviews, die der Autor mit führenden Vertretern aller Spektren der Friedensbewegung geführt hat, läßt sich die Publikation in großen Teilen als ein analytisch aufgearbeitetes Handbuch und zuverlässige Quellen - sowie Materialsammlung nutzen, das auch noch bei der weiteren Erforschung der Friedensbewegung von Bedeutung sein wird. Hinzu kommt, daß die relevanten Strategiepapiere und Selbstverständnistexte kritisch ausgewertet wurden. Dabei rücken zentrale Straltpunkte in den Mittelpunkt, die Leif unter anderem um die Themenfelder „Haltung zum Staat“, „Bündnisstruktur“, „Parteiensinfluß“ und

„Aktionsplanungen“ gruppiert. Massive Konfliktpunkte werden deutlich. Hingewiesen wird auch auf Flügelkämpfe, die zur Spaltung des Bündnisses hätten führen können. Daß es nicht zum Bruch kam, erklärt Leif mit der Fähigkeit des Koordinierungsausschusses, mit auf Aktionen bezogenen Kompromißvorschlägen schlichtend zu intervenieren. Sein faktisches Wirken als Clearingstelle machte ihn in der Hochphase der Mobilisierung schier unentbehrlich, so die Untersuchung. Doch diese Bündelung der unterschiedlichen Kräfte auf den jeweils kleinsten gemeinsamen Nenner war nicht nur Symbol für die Stärke, sondern zugleich auch die Schwäche der Friedensbewegung und ihres Machtzentrums.

Einerseits brachten ihr die prinzipielle Offenheit ohne durchgreifende Ausgrenzungsversuche vielfältige Unterstützung sowie breite Sympathien in der Bevölkerung und die professionellen Arbeits- und Vermarktungsstrukturen einen privilegierten Zugang zur Medienöffentlichkeit ein. Andererseits führten der permanente Mobilisierungs- und Aktionsdruck und die Notwendigkeit der internen Stabilisierung des fein ausbalancierten Gleichgewichts der Kräfte dazu, daß längerfristige angelegte Perspektivdiskussionen vernachlässigt wurden. Dieses programmatische Defizit hat nach Leif entscheidend zum Schwinden der Bindungsfähigkeit der Friedensbewegung angesichts veränderter weltpolitischer Rahmenbedingungen beigetragen. Dennoch kann sich nach Leif die Bilanz der Friedensbewegung insgesamt sehen lassen.

Mit Recht verweist der Autor in seinen Schlußthesen unter anderem auf ihre partizipatorischen Leistungen und Öffentlichkeitserfolge hin. Die Friedensbewegung hat nicht nur breitere Schichten der Bevölkerung für die Gefahrenpotentiale und Risiken einer atomaren Verteidigungspolitik sensibilisiert. Daß Fragen militärischer Sicherheitspolitik heute verstärkt auch jenseits fensterloser und schalldichter Kommandozentralen diskutiert werden, ist ein entscheidender Verdienst der Friedensbewegung, die durch ihre Thematisierungs- und Sensibilisierungsleistung im Ergebnis demokratiestabilisierend gewirkt hat.

Dennoch ist fraglich, ob hinsichtlich der Zukunftsperspektiven der Friedensbewegung nicht der verhaltende Optimismus des Autors zu gewagt ist. Leif prognostiziert, daß sich ihr Protest auf niedrigerem Mobilisierungsniveau verstetigen und sich die Friedensbewegung als Dauerfaktor in den sicherheitspolitischen Debatten etablieren wird. Momentan stehen die Zeichen dafür eher schlecht. Hatten schon die Abrüstungsinitiativen Gorbatschows seit Mitte der achtziger Jahre den Nachrichtenwert der Friedensbewegung deutlich sinken lassen, so verharrt sie inzwischen angesichts der epochalen Umwälzungen in Europa in der Rolle des wenig beachteten Zuschauers.

Hans-Josef Legrand

(-/1.6.1990/vo-he/rs)

* * *